

die zu einem großen Teil seit mehr als 50 Jahren bestehen, ist nicht hinnehmbar.

- Wir kämpfen weiter für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Stiftung für das sorbische Volk.
- Das gesetzlich anerkannte angestammte Siedlungsgebiet des sorbischen (wendischen) Volkes darf nicht leichtfertig der Zerstörung aus privatwirtschaftlichen Gewinninteressen von Bergbau- und Energiekonzernen geopfert werden.
- Wir fordern mehr Mit- und Selbstbestimmung der Sorben (Wenden) bei der Gestaltung ihrer Angelegenheiten. Es muss gewährleistet werden, dass weder in der Politik noch durch die Wirtschaft etwas gegen die erklärten Lebensinteressen des sorbischen (wendischen) Volkes unternommen wird.
- In Sachsen und Brandenburg steht die Novellierung der Gesetze über die Rechte der Sorben (Wenden) auf der Tagesordnung.

**In Schleswig-Holstein** ist der wirksame Schutz von Minderheiten eine der „Duftmarken“ der Partei DIE LINKE. Dies hat der Landesverband in seinem „Aktionsprogramm für einen Politikwechsel für Schleswig-Holstein“ versprochen. DIE LINKE setzt sich im besonderen dafür ein, dass

- die Sinti und Roma im Land durch eine Ergänzung der Landesverfassung den gleichen Schutz bekommen wie die nationale dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe;
- für die Ausstattung der dänischen Schulen im Land sowie für die Beförderung der Kinder und Jugendlichen in diese Schulen künftig pro Schüler/Schülerin genauso viele Mittel aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt werden wie für öffentliche deutsche Schulen.

**In allen Bundesländern** ist es ein wichtiges Anliegen der Partei DIE LINKE, Chancengleichheit und ein Leben frei von Diskriminierung, Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit für alle zu sichern.

## Auch in Europa an der Seite der Minderheiten

Im Rahmen ihrer Bemühungen um eine Demokratisierung der Europäischen Union kämpft DIE LINKE besonders gegen jegliche Diskriminierung von Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität. Wir setzen uns dafür ein, dass die Europäische Union in den Mitgliedstaaten Maßnahmen befördert, mit deren Hilfe bestehende Benachteiligungen abgebaut und wirkliche Chancengleichheit gesichert werden kann. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt in diesem Zusammenhang der Diskriminierung der Roma in einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten, auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Grundsätze werden die Arbeit unserer Abgeordneten im Europäischen Parlament maßgeblich bestimmen! Dies haben wir mit unserem Wahlprogramm zur Europawahl 2009 versprochen.

**Die ethnischen Minderheiten in der Bundesrepublik brauchen eine starke Stimme in den Parlamenten!**

**DIE LINKE ist – wie bisher – bereit, ihre minderheitenpolitische Kompetenz gemeinsam und in enger Abstimmung mit den Minderheiten einzubringen.**

---

Herausgeber:  
Arbeitsgemeinschaft Ethnische Minderheiten der Partei  
DIE LINKE., Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
ag.ethnischeminderheiten@die-linke.de  
V.i.S.d.P.: Renate Harcke, Heiko Kosel, SprecherInnen der AG

[www.dielinke.de/partei/zusammenschlusse](http://www.dielinke.de/partei/zusammenschlusse)

# Minderheiten schützen

Mjeńšiny škitać

Mjeńšyny šćitaś

Wååt e manerhäide

Værn om mindretallene

De, de in de Minderheet  
sünd, bewohren

**DIE LINKE.**

Nach den europäischen Minderheitenabkommen hat die Bundesrepublik bisher vier angestammte (autochthone) Minderheiten anerkannt: Dänen, Friesen, Sinti und Roma sowie die Sorben, von denen manche im Deutschen die Selbstbezeichnung „Wenden“ benutzen. Diese rund 200.000 Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ringen mit viel Energie und Ideenreichtum um den Erhalt ihrer Sprachen und Kulturen. Die Probleme, die sie dabei zu bewältigen haben, sind groß, zumal bei den Minderheiten, die außerhalb der Bundesrepublik kein „Mutterland“ haben. Nur Dänemark unterstützt die nationale dänische Minderheit in Schleswig-Holstein großzügig, auch finanziell. Für alle anderen Minderheiten ist die Bundesrepublik Mutter- und Vaterland!

## LINKE und autochthone Minderheiten

„MIT DEN MINDERHEITEN – FÜR DIE MINDERHEITEN“ ist für die Partei DIE LINKE ein wichtiger politischer Ansatz: auf kommunaler, auf Landes- und Bundesebene und auch in Brüssel oder Straßburg. Und zwar nicht deshalb, weil Oppositionsparteien sich häufiger als Regierungsparteien der Minderheitenthemen annehmen, sondern aus einer politischen Grundüberzeugung heraus: Für die aus der PDS und der WASG hervorgegangene neue LINKE ist dies eine der Erfahrungen bzw. Lehren aus der Geschichte ihrer Vorgängerparteien.

Minderheitenpolitik ist Umsetzung von unveräußerlichen Menschenrechten. Nicht zu Unrecht heißt es: Wie eine Gesellschaft mit ihren Minderheiten umgeht, sagt viel darüber, wie demokratisch sie ist!

Die Förderung von Minderheiten ist weder ein Luxus nur für „gute Zeiten“ noch eine Gnade, um die die Angehörigen der Minderheiten Abgeordnete, Minister oder Beamte bitten müssten. Minderheitenrechte sind zu gewähren! Die ethnischen Minderheiten und auch die Sprecher der Regionalsprache Niederdeutsch haben darauf einen Rechtsanspruch: Die Bundesrepublik hat die europäischen Minderheitenabkommen unterschrieben!

## Minderheiten sollen ihre Interessen selbst vertreten

DIE LINKE steht für eine integrative Minderheitenpolitik, die Kulturen und Sprachen der ethnischen Minderheiten wie Regionalsprachen als Bereicherung im Zusammenleben von Menschen in den jeweiligen Staaten und weltweit betrachtet. Dazu gehört unverzichtbar auch die öffentliche Förderung der Minderheiten. Dies hat DIE LINKE im Jahr 2008 in Cottbus (Chóśebuz) – mitten im angestammten Siedlungsgebiet der Sorben (Wenden) – mit einer Resolution ihres Bundesparteitag unterstrichen.

Egal, ob seit Jahrhunderten hier beheimatet, wie Dänen, Friesen, Sinti und Roma sowie Sorben (Wenden), oder erst vor einigen Jahrzehnten zu uns gekommen, wie Kurden, Türken oder Italiener, alle müssen ohne Diskriminierung hier leben können und gleiche Chancen wie Deutsche haben.

In Bezug auf die hier seit Jahrhunderten lebenden ethnischen Minderheiten muss sich die Bundesrepublik endlich an internationalen Maßstäben ausrichten. Obwohl die europäischen Minderheitenabkommen seit mehr als 10 Jahren in Kraft sind, sind die Möglichkeiten der Dänen, Friesen, Sinti und Roma sowie Sorben (Wenden), ihre Vorstellungen in die Politik einzubringen, sehr eingeschränkt. In einigen Ländern gibt es Beratungsgremien bei den Landesparlamenten – auf Bundesebene sitzen die Minderheiten aber immer noch am „Katzentisch“ der Politik; ein- oder zweimal im Jahr treffen sich einige Mitglieder des Innenausschusses mit ihnen. Immerhin, DIE LINKE will aber mehr!

Mit ihrem Bundestagswahlprogramm setzt sich DIE LINKE insbesondere dafür ein,

- die Partizipationsrechte aller Minderheiten und der anerkannten ethnischen Minderheiten im Besonderen auf der Bundesebene grundlegend zu stärken;
- Institutionen und Projekte zur Pflege und Entwicklung der anerkannten Minderheitensprachen und -kulturen mit jenen Mitteln auszustatten, die den

gewachsenen Aufgaben im Bildungs-, Wissenschafts-, Kultur- und Medienbereich entsprechen – dazu hat der Bund seinen Anteil zu leisten.

## Minderheitenpolitik ist auch Landespolitik

Vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen mit der Nationalitätenpolitik der DDR – mit dem Positiven genauso wie mit Defiziten und Fehlern – hat die Minderheitenpolitik in den neuen Bundesländern seit 1990 einen festen Platz in der Arbeit der Landesverbände. Vor allem im **Freistaat Sachsen und im Land Brandenburg** engagieren sich zahlreiche Mitglieder und Sympathisanten – Sorben wie Deutsche – für die Interessen der in der Lausitz lebenden Minderheit. Die Ziele der Partei DIE LINKE in diesen beiden Ländern sind klar in den Landtagswahlprogrammen und Erklärungen benannt:

- Die Bildungsautonomie der Sorben (Wenden) muss gestärkt werden. Die Pflege der nieder- wie der obersorbischen Sprache und der Kultur der Minderheit ist in den Bildungseinrichtungen zu gewährleisten. Ein intaktes Netz von Minderheiten-Schulen und -Kitas ist dafür die Voraussetzung. Die Schließung sorbischer Mittelschulen in Sachsen ist rückgängig zu machen.
- In Brandenburg muss endlich ein umfassendes Konzept zur Vermittlung der niedersorbischen (wendischen) Sprache – von der Kita bis zur Universität – auf den Tisch der Politik. In Sachsen soll die Gefährdung der Minderheitensprache durch ein – über den Vorschul- und Schulbereich hinausgehendes – Programm des Freistaates gestoppt werden.
- Beide Länder stehen in der Pflicht, die Institutionen und Projekte zum Erhalt, zur Pflege und zur Entwicklung der sorbischen (wendischen) Sprache und Kultur mit jenen Mitteln auszustatten, die den im Bereich der Basis- wie der Hochkultur anstehenden Aufgaben entsprechen. Eine Schließung von sorbischen (wendischen) Kultureinrichtungen,